

Berufliche Re-Integrationspotenziale von arbeitslosen Jugendlichen

Ergebnisse aus über Kommune, Agentur für Arbeit und ESF geförderten Profilingkursen

KURZFASSUNG: Der Übergang in das Erwerbsleben stellt für Jugendliche generell eine besondere Herausforderung dar. Speziell bei jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen bleibt dieser Übergang trotz vorhandener Motivation zu großen Teilen unerreicht. Ihnen fehlt es häufig an einer grundlegenden beruflichen Orientierung und an einer realistischen Einschätzung zu eigenen Stärke- und Schwächeprofilen. Die entsprechenden Standardmaßnahmen seitens der Kommunal- und Arbeitsverwaltung sind zu wenig jugendgerecht und zu oberflächlich. Dabei stellt eine profunde Potenzialanalyse die entscheidende Basis für persönlich-soziale und berufliche Schritte im Rahmen eines individuellen Fallmanagements dar, auch im Hinblick auf die effiziente Verwendung öffentlicher Gelder. Die Projektergebnisse zeigen, dass es u.a. mit Hilfe eines teilnehmerspezifischen Assessment-Verfahrens in kurzer Zeit möglich ist, die Ausgangssituationen von arbeitslosen Jugendlichen tiefergehend und realitätsbezogen zu analysieren, individuell berufliche Perspektiven aufzuzeigen und mit den jungen Menschen Vereinbarungen für anstehende Entwicklungsschritte zu treffen. Widersprüchlicherweise findet sich in den sogen., von Low-Cost-Lösungen und finanziellen Einschnitten geprägten Hartz-Reformen kaum Platz für derartige fachliche Qualitäten.

Abstract: For young people the transition to employment represents in general a special challenge and in particular those with handicaps often fail although they are motivated. They lack a basic professional orientation and a realistic estimation of their personal strength and weakness. The standard schemes of the public employment services do not correspond enough to the needs of young people and remain superficial. However, the profound analysis of personal and professional potentials is the decisive basis for each step in the context of an individual case-management, and in the context of the

efficient use of public money too.

The results of this project show that it is – by using a specific assessment-scheme – even in a short time possible to analyse the situation of young people in a deep and realistic way, to point out perspectives for everyone and to commit necessary steps of personal and professional development. But within the so called Hartz-reforms, characterized by low-cost-solutions and financial reductions, there seems to be no place for such high quality-standards.

1 Ausgangslage / Hintergrundinformation

Die Übergänge von Schule zu Ausbildung (sogen. 1. Schwelle) sowie von Ausbildung in Erwerbstätigkeit (sogen. 2. Schwelle) stellen für junge Menschen besonders kritische und auch risikoreiche Situationen dar: Eine erhebliche Anzahl von ihnen, ca. 1,3 Mio im Alter von 20–29 Jahren, bleibt ohne beruflichen Abschluss (BMBF 2004). Zu den Hintergründen gehören regionale Ausbildungsplatzdefizite, Mismatching zwischen Bewerber- und Lehrstellenprofilen sowie erhebliche Abbruchquoten bei der dualen Berufsausbildung, im Durchschnitt über 20 % bis zu einem Spitzenwert von 30 % im Handwerk.

Ohne gegensteuernde Förder-, Begleit- und Orientierungsmaßnahmen wachsen an diesen Stellen die Gefahren für Scheitern von Eintrittsversuchen in Ausbildung und Erwerbsleben bis hin zu dauerhaften Ausgrenzungen aus dem Arbeitsleben, denen einerseits im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen der Anzahl von Erwerbspersonen generell entgegenzuwirken ist (Europäische Kommission 2004). Andererseits droht bei jungen Menschen zusätzlich der Verlust positiver Aspekte für noch laufende Identitätsentwicklungen, der bei andauernden Perspektivlosigkeiten in Kombination mit gesellschaftlichen Diskriminierungen zu massiven persönlichen Instabilitäten führen kann: Bundesweit liegt die Selbstmordrate bei langzeitarbeitslosen Jugendlichen 6-mal so hoch wie bei in Arbeit befindlichen Gleichaltrigen (G.I.B. 1996). Zudem werden bei jugendlichen Arbeitslosen Abhängigkeiten von staatlicher Alimentation aufgebaut, die häufig mit finanziellen Unselbständigkeiten

bis hin zu Schulden und Pfändungen verbunden sind (BMBF 2001). Darüber hinaus fallen sie gesellschaftlich auf durch Tendenzen zu Suchtverhalten und Drogenkonsum (Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e.V. 2000; bereits 1982: National Board of Health and Welfare) bis hin zu physischen und psychischen Abhängigkeiten (bereits 1984: Finlay-Jones/Eckhardt). Hinzu kommen – teilweise mit Letzterem unmittelbar verbunden und nahezu allgemein bekannt (Frankfurter Rundschau 1997) – Tendenzen zur Strafälligkeit.

Die öffentliche Hand der Sozialen Marktwirtschaft ist im Rahmen ihrer Sozialpflicht aufgefordert, aktiv Interventionen vorzunehmen, um die negativen Folgewirkungen von Jugendarbeitslosigkeit möglichst durch Prävention zu vermeiden oder ihnen gezielt entgegenzuwirken, sie zumindest aber in kurativem Sinn spürbar abzufedern (NOTZ 1999). Dabei hat sie zu beachten, dass sich die Chancen für eine wirksame Unterbrechung von Arbeitslosigkeit und für eine mögliche Re-Integration in das Erwerbsleben mit anhaltender Dauer von Erwerbslosigkeit deutlich verringern (BMBF 1999; BRÖCKER/SCHÖNIG 2005).

Daher gehören Jugendliche/junge Erwachsene nicht erst seit den jüngsten Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik (Stichwort: sogen. Hartz-Reformen) zu den besonderen förderpolitischen Zielgruppen; im Kontext des neuen Sozialgesetzbuch (SGB) II ist nun aber jedem und jeder Jugendlichen unter 25 Jahren ein aktivierendes Angebot zu unterbreiten. Aus einer adressatenspezifischen Förderpolitik wäre abzuleiten, dass die entsprechenden Projekte, Maßnahmen, Verfahren und Instrumente auf

junge Menschen zugeschnitten werden, um passende Unterstützungen insbes. für persönliche und berufliche Orientierungen als Grundlage für Berufsentscheidungen anbieten und – darauf basierend – möglichst nachhaltige Lösungsbeiträge für den Abbau von Jugendarbeitslosigkeit leisten zu können (GERICKE 2001).

Insbesondere diese Zielsetzungen lagen dem hier vorgestellten Profilingprojekt zugrunde, das von zwei gemeinnützigen Beschäftigungsträgern in der Stadt Pforzheim im Zeitraum von Oktober 2003 bis Dezember 2004 durchgeführt wurde. Die parallel dazu eingesetzte wissenschaftliche Begleitung ging vor allem Fragen zu erzielbaren Nutzenwirkungen auf den verschiedenen Beteiligungsebenen nach.¹

Zu den determinierenden Projekthintergründen gehörte eine Arbeitsmarktsituation in der Stadt Pforzheim, die zwar nicht bundesweit, aber in Baden-Württemberg zu den angespanntesten zählt: Die Arbeitslosenquote lag im Stadtkreis Pforzheim während des Jahres 2004 bei fast 11 %. Im gesamten Agenturbezirk waren 13 % der Arbeitslosen (d.h. 1.470 Personen) jünger als 25 Jahre, die Quote der Jugendarbeitslosigkeit betrug 7,1 % (vgl. Bundesagentur für Arbeit/Agentur für Arbeit Pforzheim; Eckwerte des Arbeitsmarktes 08/2005).

2 Projektsystematik

Die Kosten der untersuchten Profilingkurse, jeweils 4-wöchige, durchgängig sozialpädagogisch begleitete Fördermaßnahmen für junge, arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen, wurden aus Mitteln des Bundesprogramms JUMP Plus mit einer Co-Finanzie-

1 Zur Bearbeitung und Beantwortung ihrer Untersuchungsleitfragen setzte das beauftragte con_salto-Institut in Kooperation mit der Universität Karlsruhe (TH), Institut für Berufspädagogik, folgende Methoden bzw. Instrumentarien ein:

- Dokumentenanalyse
- Befragungen der TeilnehmerInnen
 - quantitativ per schriftlichem Fragenkatalog, jeweils am Kursende
 - qualitativ in moderierten Gesprächsrunden (Workshops)
- durchgängige, Leitfaden strukturierte Interviews mit ExpertenInnen (VertreterInnen der involvierten Ämter, der projektdurchführenden Einrichtungen sowie der Träger der an die Profilingkurse anschließenden Maßnahmen)
- sekundärstatistische Auswertungen

nung durch Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) getragen. Die TeilnehmerInnen bezogen im Verlauf des Projekts weiterhin Hilfe zum Lebensunterhalt vom Pforzheimer Amt für soziale Sicherung und Integration, von dem sie auch in die Profilierungsmaßnahme zugewiesen wurden. Hier kamen adressatenspezifische Methoden im Rahmen eines modularen Kursaufbaus zum Einsatz: Psychosoziale Ressourcenorientierte Diagnostik (PREDI), mit systemischem Hintergrund geführte Einzel- und Gruppengespräche, Assessmentverfahren; EDV-Grundlagenmodul, Bewerbungstraining. Das eigens für die Klientel entwickelte, gesondert zertifizierte Assessment-Center stellte einen zentralen Kursbaustein dar.² Es konzentrierte sich *nicht* auf das defizitsondern auf das ressourcenorientierte Einschätzen sowohl der Leistungen (u.a. manuelle Fertigkeiten) als auch des Verhaltens (u. a. Motivation, Konzentration, Ausdauer, Frustrationstoleranz, Verantwortungsbereitschaft) der TeilnehmerInnen bei der Durchführung von Arbeitsaufgaben in den Bereichen Handwerk, Logik und Sprache sowie bei Teamarbeit. Ergänzt um weitere Ergebnisse, etwa von Berufsfindungstests, wurde insgesamt eine möglichst realistische Einschätzung von vorhandenen Stärken und Schwächen sowie deren Ab-

gleich mit den Wunschvorstellungen bzw. mit den häufig negativ gefärbten Selbstbildern der jungen Menschen anvisiert.

Mit diesem Ansatz gingen die durchführenden Träger die Kurszielsetzung an, für die Jugendlichen/jungen Erwachsenen persönlich-soziale und berufliche Standortbestimmungen bzw. Orientierungen vorzunehmen sowie konkrete Anschlussperspektiven und weitere Verfahrensschritte für ein nachfolgendes Case-Management³ (der Kommune, der Agentur für Arbeit oder der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft ARGE) jeweils individuell zu erarbeiten.

3 Projektergebnisse

Die folgenden Auswertungen beziehen sich auf insgesamt 75 TeilnehmerInnen in 10 Profilingkursen im untersuchten Zeitraum von 10/2003 bis 12/2004.

3.1 Teilnehmerspezifika

Die KursteilnehmerInnen, arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen im Alter von 17 bis 24 Jahren, zu etwa einem Drittel Mädchen/junge Frauen, 77 % Deutsche (inkl. ca. 5 % AussiedlerInnen), 23 % mit ausländischer Nationalität, wiesen zu großen Teilen die

- 2 Mit Hilfe verschiedener Aufträge, die individuell oder im Gruppenverband praxisorientiert auszuführen waren, wurde konkretes Verhalten systematisch beobachtet und ausgewertet. Als Resultat lag eine Beschreibung der Teilnehmerpotenziale und der Bedingungen vor, unter denen das jeweilige Leistungsvermögen am besten zu entfalten ist.

Als ressourcenorientiertes Beratungs- und Orientierungssystem sind Assessmentverfahren bereits auf der EU-Ebene etwa bei „Youth Start“ zur Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit oder in den Niederlanden als ASSESSMENT-PROGRAMM zum Einsatz gekommen.

- 3 Gem. Definition der Case-Management Society of America: Ein kooperativer Prozess, in dem Versorgungsangebote und Dienstleistungen erhoben und geplant sowie implementiert, koordiniert, überwacht und evaluiert werden, um so den individuellen Versorgungsbedarf eines Klienten mittels verfügbarer Ressourcen abzudecken.

Der Case-Management-Prozess sollte in der **beruflichen Förderung** möglichst in fünf Schritten vollzogen (Bertelsmann Stiftung u.a. 2002, S.159ff.) werden:

1. **Assessment:** umfassende, einzelfallorientierte Bedarfsermittlung (Potenzialanalyse und Erarbeitung eines persönlichen sowie beruflichen Profils)
2. **Hilfe-/Eingliederungsplanung:** verbindliche Festlegung von Zielen und Verantwortlichkeiten
3. **Implementierung:** Koordinierung und Verknüpfung u.U. verschiedener, interner und externer Maßnahmen
4. **Monitoring:** kontinuierliche Prüfung von Ablauf und Fortschritt sowie Bedarfsänderung
5. **Evaluation:** Auswertung von Prozess + Ergebnissen, Prüfung der Nachhaltigkeit; Bewertung durch KlientIn

aus der Literatur bekannten vermittlungshemmenden Merkmale auf, teilweise in gesteigertem Umfang und in multipler Form:

- keine abgeschlossene Berufsausbildung: 97 %⁴
- gesundheitliche Einschränkungen: 47 %⁵
- Verschuldung: 45 %
- gerichtliche Verurteilung: 37 %
- kein Hauptschulabschluss: 30 %
- Drogenkonsum: 22 %

Diese Angaben quantitativer Art werden im Folgenden durch zwei kurze Fallbeispiele erläutert:

Andrea S. wuchs mit ihrer alleinerziehenden Mutter und 4 jüngeren Geschwistern auf. Schon früh übernahm sie Verantwortung in der Haushaltsführung und Versorgung ihrer Geschwister, da ihre Mutter psychisch erkrankt war und teilweise auch stationär behandelt wurde. Andrea hatte in der Schule große Schwierigkeiten, sie musste mehrfach die Klasse wiederholen, da sie das jeweilige Lernniveau nicht halten konnte, bis sie schließlich auf die Förderschule wechselte. Aufgrund der nicht mehr tragbaren familiären Situation wurde Andrea im Alter von 15 Jahren auf eigene Initiative hin vom Jugendamt in ein Heim eingewiesen. Während des 3-jährigen Heimaufenthalts stabilisierten und verbesserten sich ihre schulischen Leistungen, sodass es ihr gelang, über den Abschluss der Förderschule hinaus auch die Hauptschule erfolgreich abzuschließen. Unmittelbar nach Beendigung ihrer Schule fand Andrea Arbeit in der lokalen Gastronomie, in der sie über 2 Jahre mit unterschiedlichen, nicht immer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen tätig war. Seit Anfang 2004 war An-

drea arbeitslos und bezog, mittlerweile 20 Jahre alt, kommunale Hilfe zum Lebensunterhalt. Am liebsten wäre ihr eine Ausbildung als Köchin bzw. im hauswirtschaftlichen Bereich gewesen, aber im Vordergrund stand, überhaupt eine Arbeit zu finden: „*Ich kann auch nicht lange nichts tun, da drehe ich durch, da werde ich verrückt. Ich geh´ dann meiner Mutter auf die Nerven, bis die sagt: „Ich kann Dich nicht mehr sehen!“*“

Martin V. wuchs bedingt durch die Scheidung seiner Eltern seit dem dritten Lebensjahr bei seinem Vater auf; dieser verstarb, als Martin 10 Jahre alt wurde; seither lebte er wieder bei seiner Mutter, die insgesamt dreimal verheiratet war. Martin wurde in seiner Jugendzeit nicht nur mit wechselnden männlichen Bezugspersonen in seiner Umgebung sondern auch mit Alkoholproblemen von Lebensgefährten seiner Mutter konfrontiert. Im Alter von 14 Jahren zog Martin in ein betreutes Wohnheim, ausgelöst durch einen Schulverweis und aggressive Verhaltensauffälligkeiten. Nach diesem Heimaufenthalt gründete er mit seiner Freundin sowie einem gemeinsamen Kind einen eigenen Haushalt.

Weder in seiner Schulzeit noch im Berufsvorbereitungsjahr erlangte Martin einen Hauptschulabschluss. Nach dem Ende seiner Schulpflicht arbeitete er u. a. als Lagerist und Gerüstbauer, außerdem verlängerte er aus Geldgründen seine Wehrdienstzeit. Seit Anfang 2003 war Martin, zu dieser Zeit 23 Jahre alt, fast durchgängig arbeitslos und bezog auch wegen seiner familiären Situation kommunale Hilfe zum Lebensunterhalt. Nicht zuletzt aufgrund von Schulden, die auch der Finanzierung eines Führerscheines entgegenstanden, suchte er

- 4 Über 40 % – vor allem deutsche Jugendliche – hatten bereits eine Lehre begonnen und wieder abgebrochen.
- 5 Etwa 60 % der Einschränkungen waren durch ein Attest belegt; der ärztliche Nachweis fehlte vor allem bei psycho-sozialen Verhaltensauffälligkeiten, u.a. in Form von persönlichen Instabilitäten und spürbaren Leistungseinschränkungen.

Hinzu kamen (meist negative) Erfahrungshintergründe aus der elterlichen Familie und/oder aus dem näheren sozialen Umfeld: Trennungen/Scheidungen der Eltern (54 %); Alkoholkonsum (15 %) und Gewaltanwendung (14 %) durch Erwachsene.

dringend und ohne große inhaltliche Ansprüche eine Beschäftigung, möglichst mit körperlicher Aktivität im Freien: „Hauptsache draußen, alles andere wäre mir egal: Maler, Gipser, Maurer, Gärtner, Landschaftsgärtner; draußen, Hauptsache nicht’ drin am Schreibtisch oder so und nicht’ den ganzen Tag am Fließband, das geht nicht’.“

3.2 Nutzenaspekte

Im zeitlichen Rahmen von jeweils 4 Wochen gelang es auf der Grundlage des ressourcenorientierten Ansatzes, für *alle* 75 TeilnehmerInnen der insgesamt 10 Profilingkurse zum einen berufliche und zum anderen soziale/persönliche Standortbestimmungen sowie Anschlussperspektiven im Sinne von *mittelfristig* anvisierten Zielen zu entwickeln und dem Auftraggeber (Amt für soziale Sicherung und Integration) konkrete Verfahrensschritte für ein weiterführendes Case-Management vorzuschlagen; Einzelheiten zeigen die nachfolgenden 2 (Kreuz-) Tabellen.

Die ermittelten beruflichen Potenziale wurden, versehen mit einigen geschlechtsspezifischen Besonderheiten, bei mehr als 60 % der TeilnehmerInnen mit *mittelfristiger*

Perspektive als ausreichende Basis für eine reguläre Arbeit oder Ausbildung eingeschätzt. Der schrittweise und kurzfristigere berufliche (Wieder-) Einstieg sollte – auch in Anbetracht der fortdauernden, relativ angespannten Arbeitsmarktlage in der Stadt Pforzheim – vorerst durch die Aufnahme einer subventionierten Arbeit oder einer entsprechenden Fördermaßnahme erfolgen. Damit zu verbinden war zudem die Umsetzung der notwendigerweise entwickelten Lösungsansätze für die persönlich-sozialen Problemlagen (psychische Instabilitäten, Drogenkonsum, Verschuldung, Sprachdefizite), für deren Klärung reguläre Arbeitsverhältnisse in der Regel zudem nicht den erforderlichen Rahmen bieten können.

Von Seiten der befragten Ämter und Einrichtungen von Anschlussmaßnahmen gab es durchgängig positive Rückmeldungen zu den Profilingkursen. Das bezog sich sowohl auf das kooperative Zusammenspiel und den organisatorischen Verlauf als auch auf die erreichten Ergebnisse. Die erarbeiteten Vorschläge für weitere Verfahrensschritte und die verfassten Profilingberichte wurden sowohl vom Pforzheimer Amt für Soziale Sicherung und Integration als auch von den Trägereinrichtungen als passend und gut verwertbar eingeschätzt. Auf diese

Kreuztabelle 1: berufliche Anschlussperspektive nach Geschlecht

		mittelfristige berufliche Perspektive im Anschluss an den Profilingkurs						
			Schulabschluss	Ausbildung	subventionierte Arbeit	reguläre Arbeit	berufl. Weiterbildung/ Praktika	gesamt
Geschlecht	männlich	Anzahl	4	9	8	18	3	42
		% von Geschlecht	9,5%	21,4%	19,0%	42,9%	7,1%	100,0%
	weiblich	Anzahl	4	6	2	15	1	28
		% von Geschlecht	14,3%	21,4%	7,1%	53,6%	3,6%	100,0%
gesamt		Anzahl	8	15	10	33	4	70
		%	11,4%	21,4%	14,3%	47,1%	5,7%	100,0%

Quelle: eigene Erhebungen und Auswertungen

Kreuztabelle 2: soziale / persönliche Verfahrensschritte nach Geschlecht

			mittelfristige soziale/persönliche Perspektive im Anschluss an den Profilingkurs					
			keine Angabe	psych. Therapie	Drogen- entzug / -therapie	Schuld- nerbera- tung	Deutsch- kurs	
Ge- schlecht	männ- lich	Anzahl	13	8	10	7	4	42
		% von Ge- schlecht	31,0%	19,0%	23,8%	16,7%	9,5%	100,0%
	weib- lich	Anzahl	14	5	3	3	3	28
		% von Ge- schlecht	50,0%	17,9%	10,7%	10,7%	10,7%	100,0%
Gesamt		Anzahl	27	13	13	10	7	70
		%	38,6%	18,6%	18,5%	14,3%	10,0%	100,0%

Quelle: eigene Erhebungen und Auswertungen

Weise war zum einen die Basis gelegt, um fachlich fundierter und mit weniger zeitlichen Verzögerungen die weiteren Case-Management-Schritte zur Förderung der Jugendlichen/jungen Erwachsenen einzuleiten. Zum anderen bestand – nach Klärung von Datenschutzfragen – die Möglichkeit, den Aufwand in der jeweils nachfolgenden Förderung ressourcenschonend zu reduzieren, etwa durch das Vermeiden von Dopplungen bei Eingangsbefragungen und Standardeinschätzungsverfahren oder das Verkürzen von Einarbeitungs- bzw. Probezeiten.

Hinzu kamen eine von allen Beteiligten bestätigte, ausgesprochen hohe und durchgängige Motivation der KursteilnehmerInnen sowie ihre betont positiven Rückmeldungen bzw. Kursbewertungen, die auch in einer Abbruchquote von lediglich 8 % zum Ausdruck kamen. Die Zufriedenheit der Jugendlichen/jungen Erwachsenen bezog sich einerseits auf die ermittelten Standortbestimmungen und vereinbarten Anschlussmaßnahmen sowie andererseits auf Ablauf

und Inhalt aller Kursmodule, auch des teilnehmerspezifischen Assessmentverfahrens, das sich im Verlauf der Profilingkurse zu einem zentralen, auch von (sozial-)pädagogischer Seite aus akzeptierten Baustein entwickelt hatte.

3.3 Erwerbspotenziale

Um die Tragfähigkeit der vorgenommenen Einschätzungen ansatzweise zu überprüfen, war für die ersten 44 KursteilnehmerInnen mit dem notwendigen Mindest-Time-Lag von 6 Monaten zusätzlich eine Momentaufnahme zur Erwerbssituation nach der Profilingmaßnahme durchgeführt worden (Stand: Dezember 2004). Mittels Datenabgleich von Sozial- und Arbeitsverwaltung ergaben sich angesichts der in Kap. 3.1 dargelegten Komplexität von Vermittlungshemmnissen im positiven Sinn überraschende Ergebnisse: Fast 55 % der ehemaligen KursteilnehmerInnen befanden sich in einer Beschäftigung, wozu – gerade bei männlichen Personen – in wachsendem Maß sogen. 1-€-Jobs zählten.⁶ Ledig-

6 Personen mit einem 1-€-Job beziehen (weiterhin) Arbeitslosengeld II, finanziert aus Bundesmitteln, inkl. Krankenversicherungs-, minimaler Rentenversicherungs- und ohne Arbeitslosenversicherungsbeiträge. 1-Euro-Jobs gehören zu den Arbeitsgelegenheiten gem. Sozialgesetzbuch (SGB) II, sie umfassen etwa 100 Stunden pro Monat, dauern i.d.R. 6 Monate und müssen zusätzliche, gemeinnützige Arbeitsaufgaben beinhalten. Die Anbieter von 1-€-Jobs erhalten aus

Kreuztabelle 3: Erwerbssituation nach Geschlecht

			Verbleib <u>nach</u> den Profilingkursen							gesamt
			in Arbeit, nicht gefördert	in Arbeit, gefördert	in Arbeit, 1-€-Job	(Weiter-) Bildung/ Praktika	arbeitslos mit (kommunalen) Leistungen	arbeitslos, ohne Leistungen	verzo-gen/unbe-kannt/sonstig	
Ge- schlecht	männ- lich	Anzahl	5	7	5	0	8	0	4	29
		% von Geschlecht	17,2%	24,1%	17,2%	,0%	27,6%	,0%	13,8%	100,0%
	Weib- lich	Anzahl	2	4	1	2	3	1	2	15
		% von Geschlecht	13,3%	26,7%	6,7%	13,3%	20,0%	6,7%	13,3%	100,0%
gesamt		Anzahl	7	11	6	2	11	1	6	44
		%	15,9%	25,0%	13,6%	4,5%	25,0%	2,3%	13,6%	100,0%

Quelle: eigene Auswertungen; Datenabgleich Arbeits- und Sozialverwaltung

lich 27 % der befragten KursabsolventInnen waren zum Jahresende 2004 weiterhin oder erneut arbeitslos, bei der Agentur für Arbeit entsprechend gemeldet und im Bezug von kommunalen Leistungen. Für 6 Jugendliche/junge Erwachsene blieb die konkrete Beschäftigungssituation ungeklärt, vor allem da sie aus nicht näher bekannten Gründen den Agenturbezirk bzw. die Stadt zwischenzeitlich verlassen hatten.

Bei der Einschätzung dieser Ergebnisse gilt es zu beachten, dass bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen mit großen (beruflichen) Unstetigkeiten zu rechnen ist, das hatte auch die quantitative Analyse einzelner Biographien deutlich gezeigt (vgl. Kap. 3.1). Gleichzeitig sind aus den eruierten Erwerbs-situationen Belege für vorhandene berufliche Ressourcen und persönliche Motivationspotenziale abzuleiten, die es offensichtlich gezielt und adressatenspezifisch zu fördern sowie mittelfristig zu stabilisieren gilt.

4 Fazit im arbeitsmarkt- und förderpolitischen Kontext

Zu den Nutzenwirkungen der im Zeitraum von 10/2003 bis 12/2004 untersuchten Profilingkurse zählten auf der sehr motivierten Teilnehmerseite sowohl Hilfen zur besseren persönlichen Einschätzung von Stärken und Schwächen als auch zur beruflichen Standortbestimmung und zur Orientierung im Hinblick auf eine zukünftige Berufswahl. Auf der Seite der involvierten Ämter und Maßnahmeträger konnte auf den erstellten Profilingberichten aufgebaut werden, einerseits für die systematische Umsetzung weiterer Schritte im Case-Management, andererseits um Ressourcen bei Eingangsbefragungen und Einarbeitungsphasen einzusparen und den eigenen Aufwand zu reduzieren.

Der durchgängigen Erreichung der anvisierten Zielsetzungen innerhalb der Profilingkurse und innerhalb des Kooperationsgefüges standen aber ab der 2. Jahreshälfte 2004 neben einer anhaltend angespann-

Bundesmitteln eine Pauschale für die Betreuung der meist langzeitarbeitslosen Personen. Anm. d. Verf.: Ab dem Jahr 2006 werden Erwerbsfähige, die für mindestens eine Stunde in der Woche einer Arbeit nachgehen, offiziell nicht mehr als arbeitslos registriert.

ten Arbeitsmarktlage sich verschärfende externe arbeitsmarkt- und förderpolitische Rahmenbedingungen gegenüber. Andauernd unklare gesetzliche Fragestellungen bei der Umsetzung der sogenannten Hartz-Reformen hatten – in Baden-Württemberg verstärkt durch Kommunalwahlen im Juni 2004 –, zu Entscheidungsverzögerungen und Rückzugstendenzen der lokalen Akteure geführt. Die jeweiligen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten wurden auf das Notwendigste reduziert sowie (wieder) auf eigene LeistungsempfängerInnen konzentriert. In der Folge kam es – auch für arbeitslose Jugendliche – zum einen zur quantitativen Reduzierung von Kapazitäten bei Fördermaßnahmen und zum anderen zur qualitativen Dezimierung des Angebotsspektrums, vorrangig auf 1-€-Jobs als massenhafte Low-Cost-Lösung. Für den Pforzheimer Agenturbezirk bedeutete das gegenüber Vor-Hartz-Situationen von gemeinsamer Beschäftigungsförderung insbesondere bei Arbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen einen deutlichen Rückschritt in den Kooperationsstrukturen. Darüber hinaus kam es in der Pforzheimer Trägerlandschaft zu erheblichen Umbrüchen, in deren Folge das nachweislich erfolgreiche Pforzheimer Stufenmodell zur beruflichen Re-Integration von SozialhilfsempfängerInnen und Langzeitarbeitslosen (BRÖKER 2001a) an zentralen Stellen inhaltlich sowie methodisch beschnitten und damit in seinem sozialen, re-integrativen Wesenskern entscheidend verkürzt wurde.⁷ Die verknüpften Finanzlagen führen insofern weniger zu Qualitätsbetrachtungen, sondern – wie bereits andere Untersuchungen feststellen mussten – zu destruktiven Tendenzen in der regionalen Angebotslage und Trägerlandschaft (BRÖKER 1995; ADAMY/MÖLLER-LÜCKING 1992). Zu den Ursachen zählen teilweise europaweite Massenausschreibungen von Maßnahmen und zentrale Vergaben durch die Regionaldirektion (ehemals Landesarbeitsamt), häufig zu Dumping-Preisen, deren ‚Höhe‘ per

se kaum noch anspruchsvollere Inhalte und fachliche Standards zuließ.

Vor diesem Hintergrund waren die in den Profilingkursen mit den Jugendlichen/jungen Erwachsenen vereinbarten persönlichen und beruflichen Anschlussmaßnahmen ab Spätsommer 2004 im anzuschließenden, zwischen Agentur für Arbeit und Kommune noch weitgehend unabgestimmten Case-Management nur noch mit erheblichen Wartezeiten und deutlich eingeschränkten Inhalten zu realisieren. Daraus resultierten bei den betroffenen jungen Menschen Zweifel an einer verlässlichen und durchgängigen Basisfürsorge der öffentlichen Hand bei beruflichen Orientierungsnotwendigkeiten. Denn ihrer selbstinitiierten oder durch Sanktionierungen *eingeforderten* Leistungsbereitschaft fehlte (bislang) das notwendige politische bzw. gesellschaftliche Pendant, die konsequente *Förderung* zusätzlicher Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für jugendliche Langzeitarbeitslose (BRÖKER/SCHÖNIG 2005). Eine Finanzierung könnte – analog zu den früheren Möglichkeiten im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG, jetzt SGB XII) – durch eine beschäftigungspolitische Aktivierung des Arbeitslosengeld II, d. h. durch die direkte Umwandlung von passiven Transferzahlungen in aktive Eingliederungsleistungen bzw. in Arbeitsentgelte, erfolgen (BRÖKER 2005b; Bertelsmann Stiftung 2003).

Ein schlüssiges und junge Menschen überzeugendes Prinzip ‚Fördern und Fordern‘ wird zur sinnvollen beruflichen Orientierung die quantitativ und qualitativ notwendigen Angebotsinhalte erst einmal durch auf jugendliche Arbeitslose zugeschnittene Profilingmaßnahmen fundiert eruieren und im Rahmen eines systematischen Fallmanagements zugänglich machen müssen (BRÖKER 2005a). Dabei wären – auch beim erweiterten, präventiven Einsatz etwa in Haupt- und Realschulen – Aspekte von präventiver Gesundheitserziehung (G.I.B.

7 Die Kürzungsmaßnahmen trafen auch die beiden projektdurchführenden Träger und die Profilingkurse selbst: Budgetkürzungen durch geringere SGB II-Mittel und durch zusätzlich reduzierte Kontingente des Europäischen Sozialfonds (ESF) führten trotz durchweg positiver Ergebnisse zur Einstellung des Profilingprojekts zum Ende seiner Laufzeit.

2003; IAB 2003b) und ein auf Jugendliche/ junge Menschen bezogenes Gender Mainstreaming zu integrieren (Müller/Kurtz 2003).

Aus sozial- und berufspädagogischer Sicht wäre für lernungsgewohnte Personengruppen zudem zu empfehlen, an ganzheitlich orientierte Profilingkurse möglichst übergangslos auch Maßnahmen mit konkreten Erfahrungssituationen des praktischen Arbeitslebens anzuschließen (LIPSMEIER 1998, KLOAS 1996). Dadurch käme es einerseits zu einer umfassenderen und handlungsorientierten Einschätzung der jeweiligen Potenziale, auch im Hinblick auf Individual-, Methoden- und Sozialkompetenzen (LIPSMEIER/MÜNK 1997; Ott 1995), wie sie verstärkt zur erfolgreichen Bewältigung der Herausforderungen des Erwerbslebens benötigt werden. Andererseits fänden dadurch weitere Adressatenspezifika Berücksichtigung, denn An- und Ungelernte definieren sich erfahrungsgemäß stärker über konkrete Arbeitsleistungen und können sich eher verschult vermitteltes Theoriewissen tendenziell schlechter erschließen (ALLESBACH 2000).

Schließlich müssten bei unbegründeten Ablehnungen von adäquaten Förderangeboten konsequenterweise jugendgerechte Sanktionierungen mit (sozial- und berufs-) pädagogischen Zielsetzungen folgen (BRÖKER 2001b). Gänzliche Ausschlüsse von beruflichen Förder- und Orientierungsmaßnahmen sollten bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen, die erst am Beginn ihrer Erwerbstätigkeit stehen, möglichst vermieden werden, auch wenn der finanzielle und politische Druck kurzfristige Einsparungen sowie arbeitsmarktstatistische Erfolge gegenwärtig massiv einfordert. Mittel- und langfristig bestehen andernfalls Gefahren, dass bei jugendlichen Arbeitslosen nachweislich vorhandene Leistungsfähigkeiten und Motivationspotenziale nicht nur ungenutzt bleiben, sondern vollständig verloren gehen, womit dann auch für die Zukunft erhebliche finanzielle und soziale Belastungen für die Gesellschaft verbunden sein würden (IAB 2003a).

Literatur

- Adamy, W., Möller-Lücking, N. (1992): Zum Reformbedarf am Arbeitsförderungs-gesetz. In: Sozialer Fortschritt, Heft 12, S. 299ff.
- Allesbach, M. (2000): Bildungstheoretische Begründungen einer zeitgemäßen Aus- und Weiterbildung. In: DGB Landesbezirk Baden-Württemberg/IG Metall Bezirksleitung Stuttgart (Hrsg.): Berufliche Bildung – Mühlen im Wind der Veränderung. Stuttgart, S. 15-34.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2003): Vergleichsanalyse zu Kosten und Nutzen von zwei Modellprojekten der aktiven Arbeitsmarktpolitik Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung, Bundesanstalt für Arbeit, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.) (2002): Handbuch Beratung und Integration, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Bröker, A. (2005a): Re-Integrationspotenziale von arbeitslosen Jugendlichen fördern. Peter Lang Verlag Frankfurt/Main; Berlin; Bern. Bruxelles; New York; Oxford; Wien.
- Bröker, A. (2005b): Gemeinsame Beschäftigungsförderung für Personen mit Vermittlungshemmnissen – eine aktuelle Bilanz beruflicher und fiskalischer sowie individueller Erfolgsgrößen. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (ZBW), Heft I/2005. Steiner Verlag, Stuttgart, S. 112-123.
- Bröker, A. (2001a): Die berufliche (Re-) Integration von SozialhilfeempfängerInnen und Langzeitarbeitslosen durch das Pforzheimer Stufenmodell. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (ZBW), Heft IV/2001. Steiner Verlag Stuttgart, S. 607-616.
- Bröker, A. (2001b): Jahresbericht 2000/01 zur Kommunalen Beschäftigungsförderung der Stadt Pforzheim: Pforzheim fördert und fordert. Dezernat für Soziales, Jugend und Kultur.
- Bröker, A. (1995): Die Reorganisation beruflicher Weiterbildung im regionalen Transformationsprozess der Neuen Bundesländer: Destruktion und Konstruktion im Wechselspiel. P. Lang Verlag Frankfurt/M, Berlin, New York, Paris, Wien.

- Bröker, A., Schöning, W. (2005): Marktzugänge von Langzeitarbeitslosen trotz vermittlungshemmender Merkmale. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main, Berlin, New York, Paris, Wien.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung -BMBF- (1999): Jugendliche ohne Berufsausbildung. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung -BMBF- (Hrsg.) (2001): Berufliche Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung -BMBF- (Hrsg.) (2004): Berufsbildungsbericht 2004. Bonn.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (2004): Die Europäische Beschäftigungsstrategie. Luxemburg.
- Finlay-Jones/Eckhardt (1984): A social and psychiatric survey of unemployment among young people. In: Australian and New Zealand Journal of Psychiatry, S. 135-143.
- Frankfurter Rundschau vom 17.03.1997: Soziale Chancenlosigkeit lässt Jugendliche gewalttätig werden, S. 7.
- Gericke, T. (2001): Förderung benachteiligter Jugendlicher. Praxismodelle. Deutsches Jugendinstitut e.V. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.
- Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung -G.I.B.- (2003): G.I.B.-Info Heft 4/2003: Arbeitslosigkeit und Gesundheit, Bottrop.
- Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung -G.I.B.- (1996): G.I.B.-Info, Heft 4/1996: Neue Chancen für Geringqualifizierte. Bottrop.
- IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2003a) – : Was kostet uns die Arbeitslosigkeit? IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr. 10 vom 21.07.2003.
- IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2003b) – : Arbeitslos – Gesundheit los – chancenlos? IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr. 4 vom 21.03.2003.
- Kloas, P.-W. (1996): Modulare Weiterbildung im Verbund mit Beschäftigung. In: BWP 25, S. 39-46.
- Lipsmeier, A. (1998): Der Betrieb als Lernort oder Arbeiten und Lernen. In: Stadt Pforzheim (Hrsg.): Beschäftigung fördern statt Arbeitslosigkeit und Sozialbedürftigkeit finanzieren. Tagungsdokumentation, Pforzheim.
- Lipsmeier, A., Münk, D. (1997): Berufliche Weiterbildung. Schneider Verlag, Hoheneggen.
- National Board of Health and Welfare (1982): The Swedish health services in the 1990's. Stockholm.
- Notz, G. (1999): Jugendarbeitslosigkeit: Ursachen-Folgen-Perspektiven, In: AWO (Hrsg.): Fachwerk – Berichte aus der Jugendsozialarbeit, Heft 01/1999, S. 9-18.
- Ott, B. (1995): Ganzheitliche Berufsbildung. Theorie und Praxis handlungsorientierter Techniklehre in Schule und Betrieb. Stuttgart.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.) (2000): Beschäftigungspolitische Perspektiven für Substituierte und ehemals drogenabhängige Menschen. Pforzheim.

Anschrift des Autors: Dipl.-Wirt.-Ing. Dr. phil. Andreas H. Bröker M.A., con_salto-Institut, Lehraufträge für Arbeitsmarktpolitik und Non-Profit-Management an der Universität Karlsruhe (TH); Degenfeldstr. 3, D-76131 Karlsruhe, Email: andreas-h.broeker@t-online.de.

MANFRED WALLENBORN

Ist Berufsbildungszusammenarbeit (BBZ) altmodisch?

KURZFASSUNG: Entwicklungspolitiker und Experten der Durchführungsorganisationen (DOs) neigen zu schnellen Paradigmenwechseln und radikalen Lösungen. Grund sind der hohe Legitimationszwang der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), negative Beispiele aus den Empfängerländern und schleppende Fortschritte im Süden. Diese neuen „Lösungen“ beziehen sich auf strategische Ansätze, Inhalte und Durchführungsmodi der EZ. Jüngst sollte gerade die GTZ abgeschafft werden – nun sind traditionelle Sektoren mit einem markantem deutschen Profil – wie die BBZ – ziemlich aus der Mode gekommen. Dies ausgerechnet am Beginn der UN-Dekade einer nachhaltigen Bildung.

1. Das „Problem“

Die BBZ scheint aus der Mode gekommen. Bei allen staatlichen DOs gehen die Portfolios dieser einstigen EZ-Domäne zurück. Anderen Sektoren ergeht es ebenso. Al-lenthalben fand ein weiterer Paradigmenwechsel statt – es wurden neue Prioritäten (wie die Globale Strukturpolitik) definiert – traditionelle Formen und Sektoren der Zusammenarbeit werden damit unattraktiver. Sie weichen neuen Inhalten und strategischen Ansätzen.

Das Politikfeld EZ unterliegt nicht zum ersten Mal diesem Wandel, der sich offensichtlich als einziges konstantes Moment in diesem Bereich beschreiben lässt: in fast jeder Dekade wird auf andere Pferde gesetzt; das geht nicht nur der deutschen bilateralen EZ so – auch der Wandel vom Washington Consensus zu seiner Post Washington Ausgabe bei der Weltbank dauerte nicht länger als zehn Jahre – alle sind wieder um einige Erfahrungen reicher; viel verändert hat sich nicht.

Ein geradezu zwanghafter Paradigmenwechsel der EZ muss ihre relative Erfolglosigkeit – so die hohen Erwartungen – mit neuen Rezepten und damit Hoffnungen garnieren. Dabei sprechen Evaluierungen von Programmen und Projekten eine andere Sprache. Hier lassen sich – von neutraler Hand erhoben – durchaus nachhaltige Erfolge verzeichnen – in der BBZ und auf anderen Sektoren. Fast hat es den Anschein, als wäre der schnelle Paradigmenwechsel von Strategien und Interventionsformen weitgehend durch die eigene (politische) Überheblichkeit einer rhetorisch gerne behaupteten und in Planungsmatrixen festgeschriebenen hohen Gestaltungsfähigkeit von Realität durch die EZ mitbedingt: wer sich selbst die Meßlatte für seine Interventionen in den Partnerländern (zu) hoch legt, greift bei „Versagen“ schnell zu anderen Werkzeugen.

Dabei wäre angesichts der Fülle von Problemen in den Partnerländern des Südens die eigentliche Frage, ob mit dem Tee-oder doch lieber mit einem anderen Löffel das sinkende Boot leergeschöpft werden soll: die weltweit von den Ländern des Nordens eingesetzten Ressourcen reichen nicht

annähernd für die Fülle der Probleme, die im Süden zu lösen sind – obwohl gerade die OECD die Fortschritte in der Armutsbekämpfung lobt und – im Gegensatz zu bisherigen Auffassungen zur BBZ – Gesundheit und Bildung weiterhin für die Topthemen gegen Armut hält (vgl. Frankfurter Rundschau vom 26.01.2005).

Dazu kommen allerdings erhebliche Steuerungsprobleme in der Einen Welt, weshalb dieser Beitrag kein reines Plädoyer für mehr Geld in der bi- und multilateralen EZ ist. Ressourcen sind immer knapp, könnten aber i. S. einer globalen nachhaltigen Entwicklung vor allem durch politische Kohärenz im Norden verbessert werden: 300 Mrd. Dollar Agrarsubventionen in Nordamerika und Europa pro Jahr (Frankfurter Rundschau vom 11.01.2005) zeigen, wie Ressourcen nicht erhöht, aber i. S. einer nachhaltigeren globalen Entwicklung besser verteilt werden könnten. Armutsbekämpfung braucht vor allem eine bessere, auf die Eine Welt bezogene Steuerung knapper Mittel und erst sekundär einen Streit über neue Interventionsformen und Ansätze.

Solange traditionelle interessenbasierte Steuerungsleistungen in der Einen Welt nicht anders geregelt sind, eignen sich neue Paradigmen (in der EZ) in besonderer Weise, bisherige „Misserfolge“ zugunsten einer nun offensichtlich „endlich besseren Zukunft“ aufzugeben: symbolische Formen der (EZ-)Politikformulierung haben eine besondere Charakteristik. Sie werden erst einmal nicht wirkungsrelevant, weil ihre Umsetzung durch lange Kommunikationswege mit den Partnern vor Ort und komplizierte Beantragungsverfahren neu definierter Programme und Projekte Zeit beansprucht. Darüber hinaus müssen die geforderten Organisationen erst andere Vorhaben abwickeln und die Implementierung, Durchführung und mittelfristige Wirkung neuer paradigmengitimierter EZ-Projekte Zeit braucht.

Dann gibt es aber schon wieder eine neuere Variante von Paradigmen und vieles geht von vorne los. Muss deshalb alles so bleiben, wie es ist und war? Sicherlich nicht; es gibt eine dynamische Entwicklung, die die EZ nachhalten muss – aber wie? Darum geht es im folgenden.

2. Die Weltgesellschaft

Der alte Gegensatz von national und international verwischt sich heute in der Transnationalität der Ereignisse, Kommunikationen und Verkehrsformen. Moderne Gesellschaftstheorien bezeichneten diese Eigentümlichkeit schon relativ früh als „Weltgesellschaft“ – andere sprechen von Globalisierung und benennen damit nur die wirtschaftliche Seite eines alle Lebensbereiche durchdringenden Phänomens: auf Universalität angelegte Systeme wie Sport, Kultur, Kommunikation, Wirtschaft, Verkehr, Energieversorgung, Tourismus etc. schaffen entgrenzte Probleme, Kommunikationen, Risiken und Handlungszwänge, die sprichwörtlich Alle angehen.

Die entscheidende Frage ist aber, ob die entsprechenden Problemlösungen ebenfalls und ausschließlich, quasi linear globalen und abstrakteren Mustern und Strategien folgen und auf neue Paradigmen in der EZ zwangsläufig hinaus laufen müssen (z. B. die sog. Globale Strukturpolitik) – während alte Handlungsfelder mit dem Auslaufen der durchgeführten Projekte über Bord geworfen werden. Viele behaupten, es müsste (exklusiv) so sein.

Hier liegt ein Denkfehler. Die Weltgesellschaft ist global und setzt sich damit anders in Beziehung zu ihren Bestandteilen, gleichzeitig bleibt sie aber arbeitsteilig und in der Tendenz sich weiter differenzierend aufgebaut: Lösungen in Problemfeldern liegen nicht nur in aggregierteren Handlungsmustern von Weltpolizeien oder quasi Weltparlamenten, Regelwerken und entsprechenden Standards, Verfahrensweisen etc., die die Politik so gerne verwendet, sondern auch weiterhin in arbeitsteiligen Handlungskompetenzen von Personen und Gruppen. Diese bearbeiten ihre jeweilige Umwelt und die Probleme, die sie lokal, regional und durch transnationale Einflüsse mit sich bringt, nach wie vor nach traditionellen und arbeitsteiligen Handlungsmustern. Dies jeweils nach Besonderheiten von Ländern und Regionen, nach ihren Stärken und Schwächen. Neues tritt allerdings zu Bestehendem hinzu.

In dem was konstant bleibt, zählt vor allem die Fähigkeit zur eigenen Anschluss-

fähigkeit auf Grundlage des Erreichten: sachkompetente Anpassung an neue technologische, rechtliche, forschungsrelevante und globale Herausforderungen der Gesellschaft bauen auf lokalen, regionalen Strukturen (incl. deren Stärken und Schwächen) auf. Dem muss die EZ mit Konstanz in ihren Angeboten und mit Zukunftsfähigkeit und Wandel bei additionalen Inhalten, Verfahren und Leistungsangeboten Rechnung tragen. Nicht der (nächste) schnelle Paradigmenwechsel i. S. von „entweder/oder“ ist in der EZ ist gefragt, sondern ein besseres Verhältnis eines auf höherer politischer Kohärenz beruhender Mischung aus Wandlungsfähigkeit und Konstanz – also eher „sowohl/als auch“ in Inhalten, Instrumenten, Innovationen etc.

Dazu ein Beispiel: die Bundesländer im deutschen Süden dokumentieren z. B. durch ihre wirtschaftliche Leistungskraft, dass traditionelle aber kompetente Lösungsmuster mit einer entsprechenden gesellschaftlichen und stakeholder-orientierten – nicht aber rein politischen (!!!) – Steuerung durchaus in der Lage sind, den wirtschaftlichen und technologischen Wandel in eine Konstanz der sozialen Wohlfahrt und gesellschaftlichen Stabilität über zu führen. Dies geschieht in bewährten arbeitsteiligen Mechanismen einer zum großen Teil berufspraktisch qualifizierten Bevölkerung, die wirtschaftliche und technologische Anschlussfähigkeit nicht aus plötzlichem Paradigmenwandel, sondern selbstbewusst aus der Konstanz ihres Human- und sozialem Kapital und aus einer praxisnahen Qualifizierung und entsprechender Marktsignale ableitet.

Solche Wohlstandregionen, die es zunehmend auch in Indien, China, Brasilien etc. gibt, brauchen nur die richtige Anschlussfähigkeit auf externe Signale. Anschlussfähigkeit hängt aber heute mehr denn je von entsprechend kompetenten eigenen Ressourcen d.h. auch qualifizierten Menschen ab. Was ist daran eigentlich so neu – aber was sollte daran überholt sein? Der neue Entwicklungsbericht der Weltbank spricht bereits von 20 % von Unternehmen im Süden, bei denen Fachkräfte der unteren und mittleren Ebene für eine Unternehmensexpansion fehlen – bei steigender Ten-

denz in der Wissensgesellschaft und bei Nichtberücksichtigung des Qualifizierungsbedarfes jener Menschen, die auf selbständige Erwerbsformen auf Grund sozialer Benachteiligungen (im informellen Sektor) angewiesen sind.

3. Symbolische Politikformulierung in der EZ und realistische Gestaltungspotentiale

Die Wahrnehmung von EZ-Politikern und Praktikern der DOs hat scharfe analytische Konturen. Sie verfügen über Zusammenhangswissen, soziale und methodische Kompetenzen, Sprachfähigkeiten, interkulturelle Handlungskompetenzen und sektoriales Know How – aber auch über Ungeduld sowie über ungeliebten, aber ständig präsenten Legitimationszwang. Daran sind die selbst auferlegten Meßblatten nicht schuldlos: wer die Welt nachhaltig verändern will und entsprechende Gestaltungspotentiale suggeriert, muss sich gezwungenermaßen erklären – auch bei nur 0.28 % Beitrag zu dieser enormen Gestaltungsaufgabe aus dem eigenen BIP.

Die These ist deshalb, dass selbst eine weitgehend hochprofessionelle EZ-Praxis (die Deutschen und ihre DOs stehen hier international für eine sehr hohe Qualität), die Dinge nicht in das rechte weil nachhaltige Licht rücken kann. Wir unterliegen einem fatalen Selbstmissverständnis in der EZ: die suggestiv behauptete Gestaltungsmacht der (Entwicklungs-) Politik wird der Komplexität der Sachlage in der Weltgesellschaft nicht mehr gerecht. Man legt sich selbst illusionäre Meßblatten in Form von angeblichen Gestaltungspotentialen auf, die in der Komplexität der Weltgesellschaft, der EZ eine zwar dringend notwendige Rolle mit allerdings bislang bescheidenem Status zubilligt – zumindest bei ihrer jetzigen Ressourcenverfügbarkeit und der Kohärenzprobleme von Weltpolitik in Bereichen wie Agrarsubventionen, Marktzugänge, Handelspolitik etc.

Hier fällt der Apfel nicht weit vom Baum – hätten doch gerade die Deutschen aus ihren historischen Besonderheiten in den

letzten 15 Jahren die einmalige Chance gehabt, in sehr systematischer Form zu lernen, wie die Interventions- und Steuerungsfähigkeit der Politik und des Staates in Systeme wie Wirtschaft, mentale Denkstrukturen, soziokulturelle und politische Verhaltensweisen, Siedlungsräume etc. nicht oder nur sehr beschränkt unter komplexen Bedingungen der Weltgesellschaft funktioniert und was das i. S. von möglichen Gestaltungspotentialen – nicht von rhetorisch in Wirkungsanalysen als blinde Flecken definierte sog. „Zuordnungslücken“ – tatsächlich heißt:

- öffentliche Transfers von jährlich bis zu 100 Mrd. € haben bis heute die Anschlussfähigkeit und nachhaltige Entwicklung in vielen Regionen des deutschen Ostens noch immer nicht hergestellt – trotz privater Direktinvestitionen, von denen die meisten Elts nur träumen können, einer gemeinsamen kulturellen Vergangenheit sowie einer gemeinsamen Sprache.
- mentale Barrieren zwischen Ost und West existieren nach wie vor in breiten Schichten der Bevölkerung – früher war eben alles besser; die Überzeugungsfähigkeit der Politik hat bei Vielen versagt,
- ca. fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland werden trotz aller deklamatorischen Bemühungen der Politiker in den letzten 15 Jahren über die Wirksamkeit ihrer arbeitsmarktpolitischen etc. Maßnahmen jetzt z.T. in Hartz IV und nicht in blühenden Landschaften unter gebracht.

Deutschland im Jahre 2005 ist auch ein Beispiel illusionärer Gestaltungspotentiale durch die Politik und den Interventions-, Gestaltungs- und Steuerungspotentialen des Staates – der Suggestion von Allgewalt des politischen Systems, das sich oft noch (pyramidenhaft gedacht) an der „Spitze“ der Gesellschaft wähnt. Dies sind auslaufende Modelle gesellschaftlicher Funktionalität und gesellschaftlichen Operierens, die modernen Befunden nicht mehr gerecht werden – nur will das – auch in der EZ – niemand hören. Da sind neue Paradigmen schon besser.

4. Konsequenzen für die EZ

Die staatliche deutsche EZ hat noch nie annähernd über die o. g. Beträge der Finanzierung der deutschen Einheit verfügt. Sie muss sich mit augenblicklich 0,28 % des BIP begnügen und beläuft sich deshalb auf nicht einmal 6 Mrd. € jährlich. Es geht aber nicht um einen Verteilungskampf und ein je mehr für die deutsche Einheit, je mehr für die Partnerländer des Südens. Es geht vor allem um ein neues Selbstverständnis der EZ, das sich nicht über modistische Wendungen ihrer Interventionsformen definiert und endlich ihre beschränkte Reichweite unter den herrschenden Rahmenbedingungen akzeptiert:

- sie sollte sich ihre implizit stets noch mitschwingenden großen Gestaltungspotentiale abschminken. Komplexität in der Weltgesellschaft basiert auf vielen zu einen kaum wissenschaftlich deutbaren Knäuel verschmelzenden Verursachungsfaktoren; daran werden weder „wissenschaftliche“, missionarische aber auch nicht politisch motivierte Weltansichten viel ändern, da heute Eigendynamiken von Systemen anderen Logiken folgen – Systeme (wie die Wirtschaft) sind generell schlecht umzugestalten – gar von ihren (angeblichen) Vorteilen durch die Politik zu überzeugen – sie entwickeln sich – auch inzwischen in China – nach eigenen Logiken.
- „Misserfolge“ bzw. mangelnde Erfolge von humaner, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sind nicht in erster Linie die Folge alter oder neuer Paradigmen der EZ, sondern von einem Setting von vielen Faktoren bestimmt, das weltweit außerhalb der Gestaltungskraft der traditionellen DOs liegt – sie können das an nachhaltiger Entwicklung nicht alleine herstellen, was in subventions-, handels-, außenpolitischen Bereichen etc. noch nicht hergestellt ist.
- Entwicklungsschritte durch die Professionalität traditioneller Sektoren und z. B. der deutschen DOs werden demgegenüber gerne klein geredet – auch deshalb, weil das paradigmbezogene „auf zu neuen Ufern“ in diesem ohnehin

schwierigen Geschäft besser ankommt. Es gibt noch viele herkömmliche und zudem Probleme neuer Qualität in der transnationalen Welt.

Natürlich sind in einer sich entgrenzenden Gesellschaft neue Formen der Kooperation im Süden und im Norden angesagt; sie ergänzen allerdings die alten und treten nicht ersatzlos an deren Stelle. Offensichtlich können in reformbegünstigenden Umgebungen Budgetfinanzierungen die sog. Ownership der Partner steigern – allerdings wissen inzwischen einige (angelsächsische) Geber überhaupt nicht mehr, was sie da eigentlich finanzieren. Sie haben ihr Sektor Know in ihren schlanken Organisationen zugunsten neuer Instrumente der Entwicklungsfinanzierung abgegeben. Langsam dämmert es den Ersten, dass man damit Geister gerufen hat, die man so auch nun wieder nicht wollte.

Neue Ansätze, Handlungsfelder, Inhalte und Strategien/Instrumente der EZ sollten demgegenüber auf einem kontinuierlichen Wandel des Verhältnisses von Konstanz und Veränderung zur Erhaltung der Anschlussfähigkeit aufbauen und arbeitsteilig – i. S. von Kohärenz – mit den anderen Gebern eher auf die eigenen Stärken und Profile als auf Sektoren setzen, die von anderen Gebern genau so gut bearbeitet werden. Aus deutscher Sicht gehört zu den originär profilscharfen Handlungsfeldern und Sektoren auch die berufliche Bildung, Umweltschutz, moderne ressourcenschonende Produktionsverfahren, Präzisionsmechanik, dezentrale politische Steuerung etc.

Entwicklungspolitische Ziele sind in der Regel und berechtigter Weise (wegen ihrer moralisch-ethischen Dimension) zu abstrakt, als dass sie direkt operational in entsprechende Vorhaben in Partnerländern umgesetzt werden könnten. Sie transportieren moralische Imperative. Deshalb müssen die eigentlich multisektoral verfolgt werden in vielfältigen Programmen und Projekten. Nationale Profile in der EZ transportieren also die eigenen Stärken. Darin haben auch neue Formen und Inhalte der Zusammenarbeit einen Platz – allerdings kein Exklusivrecht, weshalb eher auf realistische Gestaltungspotentiale als auf illusionäre Para-

digmen zu setzen ist, die endlich nun den Stein der Weisen auch in der EZ gefunden zu haben scheinen.

Ein gutes Verhältnis von Tradition und Moderne wird allerdings die Probleme dann immer noch nicht lösen, solange

- durch die o. g. Agrarsubventionen allein Brasilien jährlich 450 Mill. Dollar durch die Zuckerrübenproduktion/-subvention der EU verliert,
- ein Völkermord in Darfur durch Nichteingreifen zwar weltöffentlich statt findet, gleichzeitig aber in ganz kurzer Zeit eine hochgerüstete Armee sich in den Irak verlegen lässt und
- 20 % der Weltbevölkerung 80 % der Energie verbraucht, deshalb autoritäre Staaten wie Saudi Arabien ausschließlich geoenergiepolitisch interessant sind und dort die Demokratie auf der Strecke bleibt, die man im Irak einführen will,
- Anti-Drogenpolitik von den USA in Kolumbien militärisch-polizeilich verstanden wird, während in Nordamerika der Drogenkonsum sich weiter ausbreitet und es keine nachhaltigen zivilgesellschaftlichen Regelungen gibt sowie
- die angeblich so gestaltungsfähige Politik keine Lösungen für die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und anderen Ländern des Nordens findet.

Auch hier gehört eher eine neue Form von Glaubwürdigkeit in die entwicklungspolitische Debatte als die neuen exklusiven Rezepte und Strategien – aus denen sich bekanntlich damals Länder wie Malaysia und China bei der Bewältigung der Asienkrise geldpolitisch ausklinkten und deshalb das wirtschaftliche Desaster relativ unbeschadet überstanden. Hier wurden eigene Lösungen für komplexe Probleme gefunden – explizit keine Paradigmen des IWF übernommen.

Fortgeschrittene Entwicklungsländer, in denen sich in den letzten Jahren wirklich substanziell und nachhaltig viel getan hat (ehemals Korea, jetzt China, Malaysia, Thailand, Vietnam, Indien etc.) setzen lieber auf instrumentelle Lösungsmechanismen, wie sie die berufliche Bildung als ein Stück Alltagsbewältigung zur Erhöhung von produk-

tiven Potentialen von Menschen und Unternehmen bietet – als auf abstrakte, politikbasierte Approaches, die den Erfordernissen der eigenen Welt nicht gerecht werden. Dies sieht man schon an der Nachfrage nach deutschen EZ-Leistungen – viele dieser Länder sind heute bereit, für Programme der beruflichen Bildung mit den Deutschen einen eigenen, monetären Beitrag zu leisten.

Auch der entwickelte Norden hat starke Kohärenz- und Koordinationsprobleme (z. B. die schon mehrfach genannten Agrarsubventionen) – offensichtlich gelingt es aber auch hier nicht, eine rasche und zeitnahe Lösung von Problemen zu finden, die seit Dekaden die Entwicklung im Süden negativ beeinflussen – eine Tatsache die sowohl an der eigenen Glaubwürdigkeit rührt, als auch einen realistischen Blick auf gesellschaftliche Lösungsmuster und politische Gestaltungspotentiale wirft.

Hiervon könnte, wie von den bis heute schwierigen Gestaltungsfragen der deutschen Einheit, mancher EZ-Politiker gut und hoffentlich illusionslos lernen: das, was hier nicht funktioniert, haben wir auch bislang im Süden unzureichend zum Wohle aller gestaltet. Aber es gibt hoffnungsvolle Ansätze – auch dadurch, dass uns jetzt gerade i. S. von mehr Ownership Länder erneut sagen, was sie von Deutschland wollen: dies ist z. B. für Äthiopien der angepasste Transfer der Leistungsfähigkeit unserer beruflichen Bildung: eine Bevölkerung, die sich in den nächsten 21 Jahren von 70 auf 140 Millionen verdoppelt, muss – auch und gerade i. S. der Armutsbekämpfung – die produktiven Potentiale ihrer Menschen und Unternehmen steigern – dies geht nur durch eine praxisverwertbare berufliche Qualifikation. Schließlich hat gerade die UN-Dekade nachhaltiger Bildung begonnen.

Anschrift des Autors: Dr. Manfred Wallenborn, Am Falltor 6, 67482 Venningen